

# ***Update zum Newsflash vom Januar 2021: Gesetz zur Modernisierung der Entlastung von Abzugsteuern und der Bescheinigung von Kapitalertragsteuer***

*Mai 2021*

Dieser Newsflash dient als Update zu unserem Newsflash zum Thema „Gesetz zur Modernisierung von Abzugsteuern und der Bescheinigung von Kapitalertragsteuer“ (AbzStEntModG) vom Januar 2021.

Am 28. Mai 2021 hat der Bundesrat beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag Anfang Mai verabschiedeten AbzStEntModG zuzustimmen. Das Gesetz kann nun dem Bundespräsidenten zugeleitet werden und wie geplant in Kraft treten. Zentraler Bestandteil des Gesetzes ist dabei die „Verbesserung“ des Abzugs- und Erstattungsverfahrens sowie des Anti-treaty-shoppings. Bereits am 5. März 2021 hatte auf Anregung des Bundesrats die Bundesregierung insbesondere dem Vorschlag zur Streichung der Dauerüberzahlerbescheinigung aus dem Katalog der Bescheinigungen, die eine Abstandnahme vom Steuerabzug begründen, zugestimmt. Unser Update befasst sich im Wesentlichen mit dieser Änderung.

## ***Zum Hintergrund des Gesetzes und der geplanten Änderungen***

Durch das AbzStEntModG wird u.a. das Verfahren zur Anmeldung und Bescheinigung von Kapitalertragsteuer nach § 45a EStG wesentlich umstrukturiert, mit erheblichen prozessualen und IT-technischen Anpassungsbedarf auf Seiten der betroffenen Institute. Ziel der entsprechenden Neuregelung ist es dabei der Finanzverwaltung eine auf einander abgestimmte und leicht nachprüfbare Gesamtübersicht über die im Zusammenhang mit inländischen girosammelverwahrten Aktien auf Dividenden einbehaltene, abgeführte und bescheinigte Kapitalertragsteuer zu verschaffen, um z.B. sog. cum/cum und cum/ex-Gestaltungen effektiver entgegenwirken zu können. Zu diesem Zweck ist mit Wirkung ab dem Jahr 2024 insbesondere die Digitalisierung des gesamten Verfahrens, angefangen mit der Bescheinigung der abgeführten Steuer, über den Antrag bis hin zum Bescheid, angestrebt.

Die vom Bundesrat am 5. März 2021 angeregten Vereinfachungs- und Erleichterungen haben dabei keinen Eingang in das Gesetz gefunden. Insofern bedarf es zu unseren Ausführungen aus dem Newsflash vom 21. Januar 2021 keiner besonderen Aktualisierung.

## ***Teilabschaffung der Dauerüberzahlerbescheinigung (Streichung des § 44a Abs. 10 Nr. 2 EStG)***

Mit nicht unerheblichen Auswirkungen für die Betroffenen wurde jedoch der Vorschlag des Bundesrats aufgenommen, nach dem die sog. Dauerüberzahlerbescheinigung nicht mehr zur Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug auf inländische Dividendenerträge aus im Inland girosammelverwahrten Aktien berechtigen. Technisch wird dies dadurch erreicht, dass die sog. Dauerüberzahlerbescheinigung aus dem Katalog des § 44a Absatz 10 Satz 1 EStG gestrichen wurde. Im Übrigen bleibt die Dauerüberzahlerbescheinigung jedoch unberührt und wirksam, so dass bei Vorlage der

Dauerüberzahlerbescheinigung insbesondere der Steuerabzug auf Zinsen oder ausländische Dividendenenerträge nach wie vor unterbleiben kann.

Die Dauerüberzahlerbescheinigung aus dem Katalog des § 44a Absatz 10 Satz 1 EStG zu streichen wird damit begründet, dass insbesondere auch Inhaber von Dauerüberzahlerbescheinigungen in cum/cum-Gestaltungen eingebunden waren und aktuell auch noch seien und damit als Vehikel zur ungerechtfertigten Reduzierung des Kapitalertragsteueraufkommens genutzt wurden und werden. Die künftige Kapitalertragsteuerbelastung inländischer Dividendenenerträge aus im Inland girosammelverwahrter Aktien auch im Falle der Vorlage einer Dauerüberzahlerbescheinigung hat zum Ziel solche Gestaltungen zu verhindern.

Die Kapitalertragsteuer auf Dividendenzahlungen aus inländischen girosammelverwahrten Aktien ist in diesen Fällen somit zukünftig in voller Höhe von der auszahlenden Stelle einzubehalten. Eine Anrechnung oder Erstattung der einbehaltenen und abgeführten Kapitalertragsteuer erfolgt lediglich später im Rahmen der Veranlagung der Einkünfte.

Entgegen dem vom Bundesrat eingebrachten Vorschlag, nach dem bereits alle nach dem 31. März 2021 ausgezahlten inländischen Dividenden von der Neuregelung erfasst werden sollten, tritt diese gemäß Artikel 15 des AbzStEntModG nunmehr erst mit Verkündung des Gesetzes in Kraft. Diese Regelung steht damit in einem gewissen Widerspruch zur allgemeinen Anwendungsregelung des § 52 Abs. 1 Satz 3 EStG, nach der die Regelungen zum Kapitalertragsteuerabzug für alle Kapitalerträge gelten, die dem Gläubiger nach dem 31.12.2020 zufließen. Durch das AbzStEntModG wurde diese Regelung nicht geändert. Dies hat im Markt zum Teil für eine gewisse Unsicherheit geführt, ob bei Anwendung des § 52 Abs. 1 Satz 3 EStG nicht letztlich eine Rückwirkung zu befürchten sei. Als jüngere und speziellere Regelung hat Artikel 15 unseres Erachtens jedoch klar Vorrang zu § 52 Abs. 1 Satz 3 EStG, so dass die Neuregelung für Dauerüberzahler letztlich erst mit Verkündung in Kraft tritt. Da bis dahin die Dividendensaison bereits abgeschlossen ist, bedeutet dies, dass die Neuregelung sich faktisch erst ab 2022 effektiv auswirken wird.

Betroffen von dieser Gesetzesänderung sind insbesondere Versicherungsunternehmen wie

Lebens- und Krankenversicherungen als klassische Dauerüberzahler, die im Interesse ihrer Kunden typischerweise auch in erheblichem Umfang in inländische an der Börse gehandelte Aktien investieren. Auch Holding-Gesellschaften und Vermögensverwalter mit zahlreichen Investments sind regelmäßig Dauerüberzahler und können somit von der Neuregelung betroffen sein, sofern zur ihrem Portfolio auch inländische girosammelverwahrte Aktien gehören, was im Zweifel für Vermögensverwalter von größerer Relevanz sein dürfte, als für inländische Holdinggesellschaften.

Finanziell führt die Neuregelung bei den betroffenen Dauerüberzahlern gegenüber der bisherigen Rechtslage zunächst zu einem gewissen Liquiditätsnachteil, da sie künftig die betroffenen Dividenden nicht mehr brutto, sondern netto erhalten und eine Anrechnung bzw. Erstattung der einbehaltenen Kapitalertragsteuer künftig nur noch im Rahmen der Veranlagung möglich ist. Im Rahmen des derzeit noch greifenden Niedrigzinsumfeld, dürfte dieser Nachteil jedoch oft weniger ins Gewicht fallen.

Bedeutsamer ist für viele Betroffene jedoch der Umstand, dass sie künftig Prozesse zur Handhabung von inländischen Netto- statt inländischen Bruttodividenden sowie auch von Steuerbescheinigungen etablieren müssen, um im Rahmen der Veranlagung die einbehaltene Kapitalertragsteuer auch tatsächlich zur Anrechnung bzw. Erstattung bringen zu können. Bei einer Vielzahl von Investments in inländische Dividentitel kann dies durchaus einen relevanten Zusatzaufwand darstellen. Dies gilt gerade auch für größere Versicherungskonzerne, die historisch bedingt oftmals über mehrere Lebens- und Krankenversicherungsgesellschaften verfügen.

Aber auch auf Seite der auszahlenden Stellen ist künftig sicherzustellen, dass eine eingereichte Dauerüberzahlerbescheinigung künftig nur noch eine eingeschränkte Wirkung entfaltet und bei inländischen Dividenden aus im Inland girosammelverwahrten Aktien künftig nicht mehr vom Steuerabzug befreit.

### *Schlussfolgerung*

Mit den weitreichenden Neuregelungen des Steuerbescheinigungs- und Steuerentlastungsverfahrens ist ein erheblicher Projektaufwand verbunden, um bestehende Prozesse anzupassen oder gar neue Prozesse zu implementieren.

Einhergehend werden unterstützende IT-Projekte nötig sein. Die betroffenen Institute sollten sich frühzeitig mit dem für sie hieraus resultierendem Aufwand und Änderungen auseinandersetzen.

Aber auch die nunmehr geltende Einschränkung des Anwendungsbereichs der Dauerüberzahlerbescheinigung führt bei Banken aber vor allem bei den betroffenen Dauerüberzahlern zu einem mehr oder weniger großen Anpassungsbedarf. Gerade Versicherer, aber gegebenenfalls auch Vermögensverwalter sollten sich hier zeitnah mit den Auswirkungen auf ihre bestehenden Prozesse auseinandersetzen und hier

bei Bedarf auch technische Lösungen in Betracht ziehen.

### ***Ihr PwC Team***

Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

**Christian Malisius**  
**Partner**

Friedrich-Ebert-Anlage 35-37  
60327 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 9585 7730  
Mobile: +49 (151) 522 63954  
christian.malisius@pwc.com

**Frank Benjamin Laves**  
**Senior Manager**

Friedrich-Ebert-Anlage 35-37  
60327 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 9585 6889  
Mobile: +49 (160) 963 83522  
frank.benjamin.laves@pwc.com